



## Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 14. bis 17. Dezember 2015

### EU-Parlament zeichnet Raif Badawi mit dem Sacharow-Preis 2015 aus

Der diesjährige Preisträger des Sacharow-Preises für geistige Freiheit Raif Badawi ist ein Menschenrechtsaktivist aus Saudi-Arabien. Er wurde 2012 festgenommen und wegen "Beleidigung des Islam" auf seiner Website zu 10 Jahren Haft, 1000 Peitschenhieben und einer hohen Geldstrafe verurteilt. Seine Ehefrau Ensaf Haidar wird den Preis an seiner statt auf einer feierlichen Sitzung am Mittwochmittag in Straßburg in Empfang nehmen.

5

### COP21: Debatte über Ergebnisse der Klimakonferenz in Paris

Am Dienstag steht eine Debatte über die Ergebnisse der Pariser UN-Klimakonferenz auf der Tagesordnung. An dem Klimagipfel nimmt eine Delegation von 15 Abgeordneten der Ausschüsse für Umwelt und für Industrie teil.

7

### Debatte zum EU-Gipfel: Migration, Terrorbekämpfung, britisches EU-Referendum

Im Vorfeld des EU-Gipfels am 17.-18. Dezember diskutieren die Abgeordneten am Mittwoch um 9:00 Uhr mit dem Präsidenten der EU-Kommission und einem Vertreter der luxemburgischen Ratspräsidentschaft unter anderem über verschiedene Gipfelthemen wie die Terrorismusbekämpfung und den Stand der Umsetzung der Maßnahmen zur Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise.

8

### Schärfere Kontrollen an EU-Außengrenzen: Debatte mit Frans Timmermans

Dienstagnachmittag wird der erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans Pläne zur Stärkung der EU-Grenzagentur Frontex und für die Entwicklung eines europäischen Grenz- und Küstenschutzsystems erläutern und anschließend an einer Plenardebatte darüber teilnehmen.

9

### Körperschaftssteuer: Mehr Transparenz, bessere Koordinierung

Die Empfehlungen des Parlaments für neue Vorschriften zur transparenteren Gestaltung, Koordinierung und Annäherung der Politik im Bereich der Körperschaftssteuer in der EU stehen am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung. Werden sie angenommen, muss die Kommission auf jede legislative Empfehlung der Abgeordneten reagieren, auch, wenn sie keinen entsprechenden Legislativvorschlag vorlegt.

---

## **Parlament stimmt über Position zu Energieunion und Klimaschutzpolitik ab**

Am Dienstag stimmen die Abgeordneten über ihre Vorstellungen zur Energieunion und zur Klimaschutzpolitik ab. Die Debatte über die entsprechende Entschließung findet am Montag statt. Der Text ist als Antwort des Parlaments auf die Mitteilung der Kommission vom Februar zu betrachten. In einer weiteren Entschließung wird es um die Verwirklichung des Stromverbundziels in der EU von 10% gehen.

12

---

## **Steuerung der Eurozone: Debatte mit dem Vorsitzenden der Eurogruppe Dijsselbloem**

Dienstagmorgen wird der Vorsitzende der Eurogruppe, Jeroen Dijsselbloem, erstmals an einer Plenardebatte teilnehmen, um mit den Abgeordneten und Vertretern von Kommission und Rat über die im Jahreswachstumsbericht aufgeführten wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten der EU für 2016 sowie über die spezifischen Empfehlungen zum Euro-Währungsgebiet insgesamt zu diskutieren. Beides hatte die Kommission am 26. November vorgestellt.

14

---

## **Modernisierung des EU-Markenrechts: Endgültige Abstimmung**

Am Dienstag werden die Abgeordneten voraussichtlich einer Gesetzesvorlage zustimmen, mit der die Eintragung von Marken kostengünstiger, schneller und verlässlicher werden soll. Der genaue Text dieser Neufassung der bisherigen Vorschriften wurde bereits mit dem Rat im April vereinbart. Auch die Beschlagnahme gefälschter Waren im Durchfuhrverkehr in der EU soll durch die neuen Regeln möglich werden. Die Debatte steht für Montag auf der Tagesordnung.

16

---

## **Waffenexporte: EU-Länder müssen geltende Regeln strenger anwenden**

Die Abgeordneten werden in einer Debatte am Mittwoch die Mitgliedstaaten auffordern, die acht EU-Kriterien für Waffenexporte strenger anzuwenden. Dabei weisen sie insbesondere auf das veränderte Sicherheitsumfeld in den Nachbarländern der EU hin und unterstreichen, dass der Waffenhandel nicht im Einklang mit den europäischen Sicherheitsinteressen steht. Die entsprechende Entschließung steht am Donnerstag zur Abstimmung.

18

---

## **Patente auf Pflanzen: Bedrohung für die Lebensmittelsicherheit?**

Die Entscheidung des Europäischen Patentamts, Patente auf Pflanzenmerkmale zuzulassen, die aus konventionellen Zuchtverfahren hervorgegangen sind, wie beispielsweise die Kreuzung, könnte die Innovation behindern und eine Bedrohung für die weltweite Lebensmittelsicherheit darstellen, warnen die Mitglieder der Ausschüsse für Landwirtschaft und für Recht. Am Donnerstag werden die Abgeordneten die EU-Kommission auffordern, für Klarheit bei den EU-Regelungen über Patente zu sorgen.

19

---

## **Internationale Polizeizusammenarbeit: Abstimmung über zwei neue Abkommen**

Am Dienstag stimmt das Parlament über zwei neue Abkommen über Polizeizusammenarbeit ab: Zwischen Europol und Bosnien und Herzegowina sowie zwischen Europol und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Das Parlament muss bei diesen Verfahren lediglich angehört werden. Es hat aber darauf bestanden, dass die Regeln für derartige Abkommen in Zukunft um eine Überprüfungsklausel erweitert

werden, bei der die Abgeordneten ein Mitspracherecht bekommen würden. 21

---

## Industrie der unedlen Metalle soll stärker unterstützt werden

In einem am Mittwoch zur Abstimmung stehenden Entschließungsentwurf fordern die Abgeordneten, die EU sollte sich stärker für ihre Industrie der unedlen Metalle einsetzen, einschließlich einer Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente. Die Industrie brauche mehr Sicherheit in Gestalt vorhersehbarer Preise und klarer rechtlicher Rahmenvorgaben sowie eine Harmonisierung des auf staatlichen Beihilfen basierenden Systems zum Ausgleich indirekter Kosten, so der Text. 23

---

## Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 24

---

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2015-12-14>

## Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Europarl TV](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

[EP Newshub](#)

## Kontakt

---

Armin WISDORFF

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

☎ +32 498 98 13 45

🐦 [@EP\\_Fisheries](#)

✉ [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

---

Michaela FINDEIS

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ [michaela.findeis@europarl.europa.eu](mailto:michaela.findeis@europarl.europa.eu)

---

Jens POTTHARST

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+49) 30 22 80 12 00

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ [Presse-de@ep.europa.eu](mailto:Presse-de@ep.europa.eu)

---

Huberta HEINZEL

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ [huberta.heinzel@ep.europa.eu](mailto:huberta.heinzel@ep.europa.eu)

---

## EU-Parlament zeichnet Raif Badawi mit dem Sacharow-Preis 2015 aus

**Der diesjährige Preisträger des Sacharow-Preises für geistige Freiheit Raif Badawi ist ein Menschenrechtsaktivist aus Saudi-Arabien. Er wurde 2012 festgenommen und wegen "Beleidigung des Islam" auf seiner Website zu 10 Jahren Haft, 1000 Peitschenhieben und einer hohen Geldstrafe verurteilt. Seine Ehefrau Ensaf Haidar wird den Preis an seiner statt auf einer feierlichen Sitzung am Mittwochmittag in Straßburg in Empfang nehmen.**

Unmittelbar nach der Verleihungszeremonie, um 12:30 Uhr, findet eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz statt.

Raif Badawi ist ein Blogger und Menschenrechtsaktivist. Er wurde 2012 festgenommen und wegen "Beleidigung des Islam" auf seiner Website "Free Saudi Liberals" zu 10 Jahren Haft, 1000 Peitschenhieben und einer hohen Geldstrafe verurteilt. Nach den ersten 50 Peitschenhieben im Januar 2015 wurde der Vollzug aufgrund internationaler Proteste ausgesetzt. Seine Frau Ensaf Haidar lebt derzeit mit den drei gemeinsamen Kindern in Kanada.

Die beiden anderen Finalisten für den Sacharow-Preis 2015 waren die demokratische Opposition in Venezuela, vertreten durch Jesus Torrealba, Geschäftsführer der "Mesa de la Unidad Democrática" und der russische Oppositionspolitiker Boris Nemzow, vertreten durch Olga Shorina, Geschäftsführerin der Boris-Nemzow-Stiftung für Freiheit in Deutschland.

### **Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit**

Das EU-Parlament vergibt seit 1988 den Sacharow-Preis. Mit dem Preis werden Menschen oder Organisationen zu ehren, die ausgezeichnet, die sich für Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen.

*Feierliche Sitzung: Mittwoch, den 16. Dezember, 12:00 Uhr*

*Pressekonferenz: Mittwoch, 16. Dezember, 12:30 Uhr*

*#SakharovPrize2015 #RaifBadawi #Badawi*

## Weitere Informationen

[Webseite des Sacharow-Preises](#)

[Top-Thema: Sacharow-Preis 2015 - Raif Badawi](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende zum Sacharow-Preis 2015](#)

[Frühere Preisträger](#)

# COP21: Debatte über Ergebnisse der Klimakonferenz in Paris

**Am Dienstag steht eine Debatte über die Ergebnisse der Pariser UN-Klimakonferenz auf der Tagesordnung. An dem Klimagipfel nimmt eine Delegation von 15 Abgeordneten der Ausschüsse für Umwelt und für Industrie teil.**

*Debatte: Dienstag, den 15. Dezember*

*Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte*

*#COP21*

## Weitere Informationen

[Storify: Das Europäische Parlament auf dem Klimagipfel COP21](#)

[Entschließung des Parlaments vom 14.10.2015 zu dem Thema „Auf dem Weg zu einem neuen internationalen Klimaabkommen in Paris“](#)

[Pressemitteilung: "COP21 climate change talks: MEPs in Paris to push for 2°C target" \(04.12.2015, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatter Gilles Pargneaux \(S&D, FR\)](#)

## Debatte zum EU-Gipfel: Migration, Terrorbekämpfung, britisches EU-Referendum

Im Vorfeld des EU-Gipfels am 17.-18. Dezember diskutieren die Abgeordneten am Mittwoch um 9:00 Uhr mit dem Präsidenten der EU-Kommission und einem Vertreter der luxemburgischen Ratspräsidentschaft unter anderem über verschiedene Gipfelthemen wie die Terrorismusbekämpfung und den Stand der Umsetzung der Maßnahmen zur Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise.

Auch die Wirtschafts- und Währungsunion, die Vertiefung des Binnenmarkts und die vom britischen Premierminister geforderten EU-Reformen im Zusammenhang mit dem geplanten Referendum über die EU-Mitgliedschaft werden voraussichtlich zur Sprache kommen, so wie die Beziehungen der EU zu Russland, die Situation in der Ukraine sowie das Gas-Pipeline-Projekt „Nord Stream“.

*Debatte: Mittwoch, den 16. Dezember*

*Verfahren:*

*Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte*

*#migrationEU, #refugeecrisis, #antiterrorism #euref#brexit*

### Weitere Informationen

[Europäischer Rat, 17.-18.12.2015 - Wichtigste Tagesordnungspunkte](#)

[Schreiben von Präsident Donald Tusk an den Europäischen Rat zum britischen Referendum über den Verbleib in bzw. den Austritt aus der Europäischen Union](#)

# Schärfere Kontrollen an EU-Außengrenzen: Debatte mit Frans Timmermans

**Dienstagnachmittag wird der erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans Pläne zur Stärkung der EU-Grenzagentur Frontex und für die Entwicklung eines europäischen Grenz- und Küstenschutzsystems erläutern und anschließend an einer Plenardebatte darüber teilnehmen.**

Die Kommission hat am 13. Mai 2015 in ihrer „europäischen Agenda für Migration“ Pläne vorgestellt, die Vorschriften für den Grenzschutz an den EU-Außengrenzen zu verschärfen und dafür mehr Mittel bereitzustellen.

Das Parlament hatte bereits zuvor Rat und Kommission dazu aufgefordert, über die Gründung einer EU-Küstenwache nachzudenken, zum Beispiel in einer [Entschließung im Oktober 2013](#) über Flüchtlingswellen im Mittelmeerraum. Am 2. April 2014 sagte das Parlament, dass „die Außengrenzen des Schengen-Raums in Zukunft mit Unterstützung der europäischen Grenzschutzbeamten bewacht werden sollten, die unter anderem in Menschenrechtsstandards geschult werden.“

In einer [Entschließung vom 2. Dezember 2015](#) verlangten die Abgeordneten von der Kommission, mit der Überarbeitung der Frontex-Verordnung einen Mechanismus für Individualbeschwerden über mutmaßliche Verletzungen von Grundrechten von Migranten und Asylsuchenden während Frontex-Operationen einzuführen.

*Debatte: Dienstag, den 15. Dezember*

*Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte*

*@Frontex #Schengen #border #coastguard #refugeecrisis #migrationEU*

## Weitere Informationen

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Oktober 2013 zu dem Zustrom von Migranten im Mittelmeerraum, insbesondere den tragischen Ereignissen vor Lampedusa  
Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2014 zu der Halbzeitbilanz des Stockholmer Programms

Pressemitteilung: "Migration: EP calls for system to process complaints against Frontex border guards" (02.12.2015, auf Englisch)

EP-Hintergrund: "Grenzschutz an den Außengrenzen"

# Körperschaftssteuer: Mehr Transparenz, bessere Koordinierung

**Die Empfehlungen des Parlaments für neue Vorschriften zur transparenteren Gestaltung, Koordinierung und Annäherung der Politik im Bereich der Körperschaftssteuer in der EU stehen am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung. Werden sie angenommen, muss die Kommission auf jede legislative Empfehlung der Abgeordneten reagieren, auch, wenn sie keinen entsprechenden Legislativvorschlag vorlegt.**

Die [vorgeschlagenen Maßnahmen](#), vorbereitet durch die Berichtsteratter des Wirtschafts- und Währungsausschusses Anneliese Dodds (S&D, UK) und Luděk Niedermayer (EVP, CZ), bauen auf den Ergebnissen des [Sonderausschusses für Steuervorbescheide](#) auf, der infolge der „Luxleaks“-Enthüllungen eingerichtet wurde und dessen [Empfehlungen](#) am 26. November vom Plenum verabschiedet wurden.

*Debatte: Dienstag, den 15. Dezember*

*Abstimmung: Mittwoch, den 16. Dezember*

*Verfahren: Legislative Entschließung*

*Pressekonferenz: Mittwoch, den 16. Dezember um 14:30 Uhr*

*#taxpolicy #luxleaks #TaxTransparency #TAXE*

## Weitere Informationen

[Empfehlungen an die Kommission zur transparenteren Gestaltung, Koordinierung und Annäherung der Politik im Bereich der Körperschaftssteuer in der Union](#)

[Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(01.12.2015, auf Englisch\)](#)

[Berichtsteratterin Anneliese Dodds \(S&D, UK\)](#)

[Berichtsteratter Luděk Niedermayer \(EVP, CZ\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Parlament stimmt über Position zu Energieunion und Klimaschutzpolitik ab

**Am Dienstag stimmen die Abgeordneten über ihre Vorstellungen zur Energieunion und zur Klimaschutzpolitik ab. Die Debatte über die entsprechende Entschließung findet am Montag statt. Der Text ist als Antwort des Parlaments auf die Mitteilung der Kommission vom Februar zu betrachten. In einer weiteren Entschließung wird es um die Verwirklichung des Stromverbundziels in der EU von 10% gehen.**

In dem Entschließungsentwurf zur Energieunion drängen die Abgeordneten die Mitgliedstaaten dazu, sich an die Empfehlungen der Kommission zum Hydrofracking und zur freiwilligen gemeinsamen Aushandlung von Verträgen zum Energiekauf in Drittstaaten zu halten. Der Text unterstützt auch Pläne zur Entwicklung der heimischen, EU-eigenen Energieressourcen.

Der Text zum Stromverbund betont, dass durch einen voll integrierten Strombinnenmarkt die europäischen Verbraucher bis 2030 jährlich 12-40 Milliarden Euro sparen könnten. Das Stromverbundziel von 10% bis 2020 müsse durch weitere noch ehrgeizigere und fakten gestützte Verbundziele bis 2030 ergänzt werden.

*Debatte: Montag, den 14. Dezember*

*Abstimmungen: Dienstag, den 15. Dezember*

*Verfahren: Nichtlegislative Entschließungen*

*#energyunion #energysecurity #climatechange #electricity*

## Weitere Informationen

Entschließungsentwurf über das Thema „Wege zu einer europäischen Energieunion“

Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss (10.11.2015)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Energieunion

Entschließungsentwurf über die Erreichung des Stromverbundziels von 10% – Vorbereitung des europäischen Stromnetzes auf 2020

Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss (10.11.2015)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Stromverbund

Berichterstatter (Energieunion): Marek Józef GRÓBARCZYK (EKR, PL)

Berichterstatter (Energieunion): Evžen TOŠENOVSKÝ (EKR, CZ)

Berichterstatter (Stromverbund) - Peter Eriksson (Grüne/EFA, SE)

## Steuerung der Eurozone: Debatte mit dem Vorsitzenden der Eurogruppe Dijsselbloem

**Dienstagmorgen wird der Vorsitzende der Eurogruppe, Jeroen Dijsselbloem, erstmals an einer Plenardebatte teilnehmen, um mit den Abgeordneten und Vertretern von Kommission und Rat über die im Jahreswachstumsbericht aufgeführten wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten der EU für 2016 sowie über die spezifischen Empfehlungen zum Euro-Währungsgebiet insgesamt zu diskutieren. Beides hatte die Kommission am 26. November vorgestellt.**

Die [Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets](#) erteilt den Mitgliedstaaten des Euro-Gebiets maßgeschneiderten Rat über die Funktionsweise der Eurozone als Ganzes, wie beispielsweise über Maßnahmen zur Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte, über haushalts- bzw. finanzpolitische Fragen und über die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

In Bezug auf die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion – ursprünglich als separate Debatte geplant – werden die Abgeordneten voraussichtlich die [Vorschläge der Kommission vom 21. Oktober](#) als ungenügend kritisieren, um das Problem struktureller Defizite im institutionellen Rahmen für die Finanzmarktstabilität zu bewältigen. Sie werden erwartungsgemäß eine verstärkte parlamentarische Kontrolle und mehr öffentliche Debatten einfordern, um demokratische Rechenschaftspflicht sicherzustellen und die Bürger stärker einzubeziehen.

Das Parlament wird die Kommission auch auffordern, Verhandlungen über eine Vereinbarung zwischen Parlament, Rat und der Eurogruppe zur wirtschaftspolitischen Steuerung zu starten – so wie im [Bericht der fünf Präsidenten vorgesehen](#) – einschließlich des [Europäischen Semesters](#) und der laufenden makroökonomischer Anpassungsprogramme, wie zum Beispiel für Griechenland.

Am Mittwoch wird das Parlament über eine Entschließung abstimmen, die dessen Position zu den Vorschlägen der Kommission zur Vollendung der WWU enthält und bereits am 1. Dezember vom Wirtschafts- und Währungsausschuss angenommen wurde.

*Debatte: Dienstag, den 15. Dezember*

*Abstimmung: Dienstag, den 15. Dezember*

*Verfahren: Parlamentarische Anfrage (mit Entschließung zur WWU)*

*#eurozone #EMU #monetarypolicy*

## Weitere Informationen

[Der Auftakt zum Europäischen Semester 2016: das November-Paket des Europäischen Semesters im Überblick](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss: "Completing the EMU" \(01.12.2015, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatter Roberto Gualtieri \(S&D, IT\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Modernisierung des EU-Markenrechts: Endgültige Abstimmung

**Am Dienstag werden die Abgeordneten voraussichtlich einer Gesetzesvorlage zustimmen, mit der die Eintragung von Marken kostengünstiger, schneller und verlässlicher werden soll. Der genaue Text dieser Neufassung der bisherigen Vorschriften wurde bereits mit dem Rat im April vereinbart. Auch die Beschlagnahmung gefälschter Waren im Durchfahrverkehr in der EU soll durch die neuen Regeln möglich werden. Die Debatte steht für Montag auf der Tagesordnung.**

Die überarbeiteten Vorschriften behalten das duale System von nationalen und EU-Marken für alle 28 Mitgliedstaaten bei. Allerdings werden die nationalen und EU-Verfahren für die Eintragung von Marken harmonisiert und rationalisiert sowie die Eintragungsanforderungen modernisiert, zum Beispiel, indem die Eintragung neuer Markenformen wie Klänge einfacher gestaltet wird.

Eine neue und besser zugeschnittene Gebührenstruktur für die Eintragung von EU-Marken würde ebenfalls deren Schutz kostengünstiger machen, beispielsweise durch niedrigere Verlängerungsgebühren.

*Debatte: Montag, den 14. Dezember*

*Abstimmung: Dienstag, den 15. Dezember*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in zweiter Lesung*

*#TradeMark #counterfeit*

## Weitere Informationen

[Berichtsentwurf - Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken \(Neufassung\)](#)

[Berichtsentwurf - Gemeinschaftsmarke](#)

[Berichterstatterin Cecilia Wikström \(ALDE, SE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Gemeinschaftsmarke](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken \(Neufassung\)](#)

[EU-Kommission – Überblick über die Überarbeitung des europäischen Markensystems – FAQ \(auf Englisch\)](#)

# Waffenexporte: EU-Länder müssen geltende Regeln strenger anwenden

**Die Abgeordneten werden in einer Debatte am Mittwoch die Mitgliedstaaten auffordern, die acht EU-Kriterien für Waffenexporte strenger anzuwenden. Dabei weisen sie insbesondere auf das veränderte Sicherheitsumfeld in den Nachbarländern der EU hin und unterstreichen, dass der Waffenhandel nicht im Einklang mit den europäischen Sicherheitsinteressen steht. Die entsprechende Entschließung steht am Donnerstag zur Abstimmung.**

Im Jahr 2013 haben die Mitgliedstaaten der EU Rüstungsgüter im Wert von 26,7 Milliarden Euro an Drittstaaten ausgeführt.

*Debatte: Mittwoch, den 16. Dezember*

*Abstimmung: Donnerstag, den 17. Dezember*

*Verfahren: Nichtlegislative Entschließung*

*#ArmsExports #ATT*

## Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf über Waffenexport: Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP](#)

[Gemeinsamer Standpunkt des Rates betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern \(2008/944/CFSP\)](#)

[Berichterstatteerin Bodil Valero \(Grüne/EFA, SE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrund: "EU rules on control of arms exports" \(auf Englisch\)](#)

# Patente auf Pflanzen: Bedrohung für die Lebensmittelsicherheit?

**Die Entscheidung des Europäischen Patentamts, Patente auf Pflanzenmerkmale zuzulassen, die aus konventionellen Zuchtverfahren hervorgegangen sind, wie beispielsweise die Kreuzung, könnte die Innovation behindern und eine Bedrohung für die weltweite Lebensmittelsicherheit darstellen, warnen die Mitglieder der Ausschüsse für Landwirtschaft und für Recht. Am Donnerstag werden die Abgeordneten die EU-Kommission auffordern, für Klarheit bei den EU-Regelungen über Patente zu sorgen.**

Patentrechtliche Einschränkungen des Zugangs zu biologischem Material für Pflanzenzüchter sollten vermieden werden, um echte Innovationen und faire Behandlung von kleinen Züchtern zu fördern.

Die große Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts hat am 25. März 2015 mit ihren Entscheidungen zur Tomate ([G0002/12](#)) und zum Brokkoli ([G0002/13](#)) festgelegt, dass grundsätzlich biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen, wie die Kreuzung, nicht EU-weit patentierbar sind, wohl aber die daraus entstandenen Pflanzen oder das daraus entstandene Pflanzenmaterial, wie zum Beispiel Früchte.

Die Mitglieder der Ausschüsse für Landwirtschaft und für Recht betonen, dass die Entscheidung des Europäischen Patentamts (EPA) in München eine sehr enge Auslegung von [Artikel 53 Buchstabe b des Europäischen Patentübereinkommens](#) (EPÜ) darstellt. Sie fordern unverzügliche Klärung in dieser Frage, um negative Auswirkungen auf die europäische Wettbewerbsfähigkeit sowie die mögliche Bildung von Monopolen auf dem Lebensmittelmarkt zu vermeiden. Das Parlament hatte bereits in seiner [Entschließung vom 10. Mai 2012](#) vom EPA verlangt, alle Erzeugnisse aus konventioneller Zucht und alle herkömmlichen Zuchtverfahren von der Patentierbarkeit auszuschließen.

*Debatte: Donnerstag, den 17. Dezember*

*Abstimmung: Donnerstag, den 17. Dezember*

*Verfahren: Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission*

*#plantbreeding #patents #tomato #broccoli #agriculture #EPO*

## Weitere Informationen

[Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission: Patente und Rechte von Pflanzenzüchtern](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Entschließung des Parlaments zur Patentierung von im wesentlichen biologischen Verfahren \(10.05.2012\)](#)

[Europäisches Patentübereinkommen \(EPÜ 1973\) – Artikel 53](#)

[Biotechnologie-Richtlinie der EU](#)

# Internationale Polizeizusammenarbeit: Abstimmung über zwei neue Abkommen

**Am Dienstag stimmt das Parlament über zwei neue Abkommen über Polizeizusammenarbeit ab: Zwischen Europol und Bosnien und Herzegowina sowie zwischen Europol und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Das Parlament muss bei diesen Verfahren lediglich angehört werden. Es hat aber darauf bestanden, dass die Regeln für derartige Abkommen in Zukunft um eine Überprüfungsklausel erweitert werden, bei der die Abgeordneten ein Mitspracherecht bekommen würden.**

*Hinweis für Medienvertreter*

*Das Verhandlungsteam des Parlaments, das die neuen Europol-Vorschriften mit ausgehandelt hat, hat auf einer Überprüfungsklausel bestanden, um sicherzustellen, dass alle bestehenden internationalen Abkommen zwischen der Agentur und Drittländern fünf Jahre nach Inkrafttreten der neuen Verordnung dahingehend bewertet werden, ob sie im Einklang mit allen datenschutzrechtlichen Normen stehen und die EU-Standards über Polizeiarbeit achten.*

*Nach dem Vertrag von Lissabon ist das Parlament, was Europol betrifft, gleichberechtigter Gesetzgeber, zusammen mit dem Rat. Nachdem die neue Europol-Verordnung in Kraft getreten ist, muss das Parlament neuen internationalen Abkommen zur polizeilichen Zusammenarbeit zustimmen.*

*Debatte: Montag, den 14. Dezember (über das Abkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten)*

*Abstimmungen: Dienstag, den 15. Dezember*

*Verfahren: Konsultationsverfahren*

*#terrorism #counterterrorism #Europol #UAE*

## Weitere Informationen

[Berichtsentwurf - Vereinigte Arabische Emirate](#)

[Berichtsentwurf - Bosnien und Herzegowina](#)

[Berichtersteller \(Bosnien und Herzegowina\): Lorenzo Fontana \(ENF, IT\)](#)

[Berichterstellerin \(Vereinigte Arabische Emirate\): Alessandra Mussolini \(EVP, IT\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Vereinigte Arabische Emirate](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Bosnien und Herzegowina](#)

# Industrie der unedlen Metalle soll stärker unterstützt werden

**In einem am Mittwoch zur Abstimmung stehenden Entschließungsentwurf fordern die Abgeordneten, die EU sollte sich stärker für ihre Industrie der unedlen Metalle einsetzen, einschließlich einer Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente. Die Industrie brauche mehr Sicherheit in Gestalt vorhersehbarer Preise und klarer rechtlicher Rahmenvorgaben sowie eine Harmonisierung des auf staatlichen Beihilfen basierenden Systems zum Ausgleich indirekter Kosten, so der Text.**

Auch Strukturen für die Weitergabe von Wissen an die neue Mitarbeitergeneration sollten geschaffen werden.

*Debatte: Dienstag, den 24. November*

*Abstimmung: Mittwoch, den 16. Dezember*

*Verfahren: Nichtlegislative Entschließung*

*#metals*

## Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf "über die Entwicklung einer nachhaltigen europäischen Industrie der unedlen Metalle"](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(13.10.2015, auf Englisch\)](#)

[Berichtersteller Edouard Martin \(S&D, FR\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Video der Debatte](#)

## Weitere Tagesordnungspunkte

### Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Schutz von Terrorismusopfern, *Erklärung der Kommission, Debatte Montag*
- Einspruch gegen die Zulassung von GVO-Mais und die überarbeitete Liste der invasiven Arten, *Debatte Montag, Abstimmung Mittwoch*
- Rahmenabkommen EU/Vietnam über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit (Zustimmung) - *Empfehlung: Barbara Lochbihler, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Beziehungen EU-China - *Bericht: Bas Belder, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Jahresbericht 2014 über Menschenrechte und Demokratie in der Welt und die Politik der EU in diesem Bereich - *Bericht: Cristian Dan Preda, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag Finnlands – EGF/2015/005 FI/Computerprogrammierung - *Bericht: Marco Zanni, Abstimmung Dienstag*
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag Irlands – EGF/2015/006 IE/PWA International - *Bericht: Victor Negrescu, Abstimmung Dienstag*
- Lage in Burundi – *Entschließungsanträge, Abstimmung Donnerstag*
- Schutz des Nationalparks Virunga in der Demokratischen Republik Kongo – *Entschließungsanträge, Abstimmung Donnerstag*
- Lage in Ungarn: Folgemaßnahmen zur Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Juni 2015 – *Entschließungsanträge, Abstimmung Donnerstag*
- Abkommen EU/Timor-Leste über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte - *Empfehlung: Mariya Gabriel, Abstimmung Dienstag*